

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1946 bis 1956 Band 4

Das dreigeteilte Land: Ost-, Mittel- und Westdeutschland

Band 4/112: 02.01.1948 – 14.05.1948

1948

Aus einem freien Menschen wird kein Sklave, denn ein freier Mensch ist auch im Gefängnis frei.

Plato (427-347 vor Christus, griechischer Philosoph)

02.01.1948

WBZ: Vor dem Nürnberger Militärgerichtshof beginnt am 2. Januar 1948 der sog. "OKW-Prozeß".

Angeklagt sind folgende ehemalige Offiziere der deutschen Wehrmacht: Wilhelm von Leeb, Hugo Sperrle, Georg Karl Friedrich von Kuchler, Johannes Blaskowitz, Hermann Hoth, Hans Reinhardt, Hans von Salmuth, Generaloberst Karl Hollidt, Otto Schniewind, Karl von Roques, Hermann Reinecke, Walter Warlimont, Otto Wöhler und Rudolf Lehmann (x112/430).

Walter Müller-Bringmann berichtet am 2. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/70): >>2. Januar 1948. Es kamen wieder Kriegsgefangene aus dem Osten an. ...

Heute wurden 10.000 Scheiben Brot von den Lagerschwestern gestrichen. Und alle sind so dankbar dafür.

Ein Bildersuchdienst ist eingerichtet worden. Angehörige schicken möglichst lebenswahre Fotos von Vermißten nach Friedland. Hier werden die Bilder sortiert ... und zur Durchsicht den Heimkehrern vorgelegt. Man hofft, dadurch manches Schicksal klären zu können. ...<<

04.01.1948

WBZ: Der bayerische Ministerpräsident Hans Ehard (1887-1980) erklärt am 3. Januar 1948 während einer Tagung der CDU in Erlangen (x112/431): >>Die Lage des deutschen Volkes gleicht der eines Ertrinkenden, dem die Umstände keine Wahl mehr lassen und dem unter allen Umständen geholfen werden muß.

Wenn die Besatzungsmacht nicht einsieht, daß mit einem solchen Volk keine Demokratie aufzubauen ist, werden entweder die Kommunisten oder Nationalisten gestärkt werden. Das eine ist so schlimm wie das andere. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 4. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71): >>4. Januar 1948. Er ist einer von den Hunderten, die in den letzten Tagen kamen. Angetan mit einem zerschissenen Militärmantel, Holzschuhen an den Füßen, der "Schapka", einer russischen Pelzmütze, auf dem Kopf, den leeren Brotbeutel mit der Konservendose als Ersatz für das Kochgeschirr in der Hand – so sitzt er in der Nähe des kleinen Barackenofens, der mit Sägemehl bis obenhin aufgefüllt ist und eine angenehme Wärme verbreitet.

"Wissen Sie", sagt der Mann, "ich war fast 4 ½ Jahre in russischer Gefangenschaft und hatte in dieser Zeit Gelegenheit genug, Erfahrungen zu sammeln. Es ging mir nicht gut. ...

Vorhin sprach ich jemanden, der war im amerikanischen Lager Bad Kreuznach. Der hat auch gehungert. Wenn auch längst nicht so lange wie wir. Und jetzt höre ich, daß es hier auch nur

250 g Brot pro Tag und 100 g Fleisch im Monat geben soll." ...<<

05.01.1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden vom 5. Januar bis zum 1. Februar 1948 täglich nur 1.400 Kalorien zugeteilt (x117/31).

09.01.1948

WBZ: Konrad Adenauer erklärt am 9. Januar 1948 vor der Presse (x112/434): >>Der Länderrat bedarf in mehrfacher Hinsicht eine Änderung.

Es ist nicht richtig, daß so kleine Staaten wie Bremen ebenso zwei Vertreter wie beispielsweise Bayern oder Nordrhein-Westfalen mit 13 Millionen Einwohnern haben. ...<<

10.01.1948

USA: Nach Auswertung des beschlagnahmten Forschungsmaterials der deutschen Luftwaffe berichten US-Luftfahrtexperten am 10. Januar 1948, daß man zukünftig Einsparungen in Höhe von etwa 2-3 Milliarden Dollar realisieren kann.

15.01.1948

Berlin: In der Berliner Stadtverordnetenversammlung ereignen sich am 15. Januar 1948 heftige Tumulte, weil der SPD-Fraktionsführer Swolinski die politischen Ziele der SED ablehnt (x112/437): >>Wir wollen eine deutsche Demokratie von Königsberg und Memel bis zum Süden Deutschlands. ...<<

16.01.1948

WBZ: General Pierre König (französischer Oberbefehlshaber in Deutschland) erklärt am 16. Januar 1948 im Radio Saarbrücken (x112/438): >>... Da eine Währungsreform in der französischen Zone allein sehr schwierig sein würde, muß Frankreich sich wahrscheinlich der Reform der Bizone anschließen.

Diese gemeinsame Währungsreform bedeutet jedoch keineswegs eine Fusion mit der Bizone, da auch bisher alle vier Zonen trotz gemeinsamer Währung unabhängig sind.<<

19.01.1948

WBZ: Walter Müller-Bringmann berichtet am 19. Januar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/71-72): >>19. Januar 1948. Unmittelbar in der Nähe des Lagers gehen Mörder um.

Die Zonengrenze ist gefährlich geworden. Banditen überfallen Frauen, stehlen ihnen die Koffer, reißen den wehrlosen die Kleider vom Leibe, nehmen alles, was genommen werden kann. Ein 72 Jahre alter Mann, der über die Zonengrenze wollte, wurde von 2 jungen Männern ... so lange mit Knüppeln geschlagen, bis er bewußtlos liegen blieb. Dann raubten sie ihn aus ...<<

20.01.1948

Großbritannien: In England werden am 20. Januar 1948 noch 160.000 deutsche Kriegsgefangene festgehalten (x112/440).

22.01.1948

WBZ: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 22. Januar 1948 über die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse: >>**Nürnberger Recht**

Wir haben zu vielem, was In Nürnberg unter Verantwortung der Anklagebehörde geschieht, bisher geschwiegen. Wir haben geschwiegen zu dem, was sich in dem Zeugenflügel des Gerichts abspielt, wir haben geschwiegen zu den Drohungen und Einschüchterungen, denen Zeugen ausgesetzt sind und die unserer Gerichtsverfassung nicht entsprechen.

Wir haben geschwiegen, als Zeugen uns berichteten, daß man, sie veranlassen wollte, unrichtige Protokolle zu unterschreiben, die den Aussagen nicht glichen, für die man sie vereidigt hatte. Wir haben geschwiegen, obgleich wir wußten, daß unschuldige Zeugen monatelang in Haft gehalten worden sind - es war ein amerikanischer Richter, der dies im Generalprozeß festgestellt hat. Wir haben auch geschwiegen, als der Ankläger zur Verteidigung dieses Verfahrens vor dem, Gericht eine ausweichende Aussage machte.

Wir haben zu den Methoden jenes Herrn Kempner geschwiegen, den der angesehenste Journalist Europas, Herr Öeri, in den "Basel" Nachrichten" einen Menschenjäger nannte, ohne daß dem - soweit wir wissen - öffentlich widersprochen worden sei.

Aber jetzt, nachdem sechs deutsche Anwälte des Krupp-Prozesses im Gerichtssaal verhaftet worden sind, jetzt, da die gleiche Verhaftung dem Rechtsanwalt Achenbach droht, wenige Tage bevor der Fall seines Mandanten zur Verhandlung kommt, jetzt können wir nicht mehr schweigen. Jetzt handelt es sich nicht mehr um die Anklagebehörde, sondern um das Gericht. Wir wollen nicht, noch einmal uns den Vorwurf machen lassen, daß wir feige zusehen, wenn, unserer Meinung nach das Recht verletzt wird ...

Wir, die wir Hitler, und sein Drittes Reich immer gehaßt, wir, die wir gefordert haben, daß die Schuldigen des Nazisystems streng bestraft werden sollen, wir sehen uns gezwungen, dafür einzutreten, daß in Nürnberg Recht geschieht.

Sechs deutsche Anwälte sind verhaftet worden. Nach dem amerikanischen Gerichtsverfahren ist dies zulässig - in Deutschland geschah das gleiche nur von den Sondergerichten des Dritten Reiches. Aber handelt es sich in Nürnberg eigentlich um ein Gericht der Vereinigten Staaten? Das Tribunal des Milch-Prozesses hat dies bejaht.

Andere Nürnberger Militärgerichte stehen auf dem Standpunkt, sie seien internationale Gerichte, die vom Alliierten Kontrollrat eingesetzt sind. Dennoch spricht, bei jedem in Nürnberg im Namen der Vereinigten Staaten eröffneten Verfahren der Gerichtsmarschall jedes der nur von amerikanischen Richtern besetzten Gerichte vor Beginn jeder Sitzung, neben der Fahne der Vereinigten Staaten stehend, die Worte: "Gott schütze die Vereinigten Staaten von Amerika." Wenn aber diese Gerichte trotzdem international sein sollen, könnte dann nicht auch deutsches Recht in dem Verfahren berücksichtigt werden?

... Sollte nicht die Rechtsfindung höher stehen als eine Verfahrensordnung, und sollte man nicht darüber - hinwegsehen, wenn untadelige, deutsche Anwälte in begreiflicher Erregung zugunsten ihrer Mandanten die amerikanische Gerichtsordnung dem Buchstaben nach verletzen?

Der amerikanische Anwalt *Carroll* hat dem Frankfurter Vertreter der *New York Herald Tribune* gegenüber erklärt, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seien eine "tragische Verhöhnung der amerikanischen Justiz". Wir hoffen, daß der Antrag, den er beim *Supreme Court* der Vereinigten Staaten stellen will, diese Prozesse für ungültig zu erklären, wenigstens dazu führen wird, daß von hoher unparteiischer Stelle die Methoden der Anklagebehörde überprüft werden, damit das deutsche Volk Vertrauen zu den Nürnberger Verfahren gewinnen kann ...<<

24.01.1948

Polen: Der ehemalige SS-Obersturmbannführer Arthur Liebehenschel wird am 24. Januar 1948 in Krakau hingerichtet.

25.01.1948

WBZ: Dr. Kurt Schumacher (1895-1952, von 1946-52 SPD-Vorsitzender) erklärt am 25. Januar 1948 in Düsseldorf (x112/442): >>... Die Partei wird weiterhin Berlin als die natürliche Hauptstadt Deutschlands verlangen, und dies bedeutet das Verlangen nach Ostdeutschland.<<

29.01.1948

Luxemburg: Während einer Tagung der Europäischen Union christlicher Demokraten erklärt der CDU-Politiker Adenauer am 29. Januar 1948 (x112/444): >>Ich fühle mich heute in erster Linie als Europäer und erst in zweiter Linie als Deutscher. ...<<

02.02.1948

USA: Das "Time-Magazine" kommentiert am 2. Februar 1948 Stalins Beziehungen zu Hitler (x043/341): >>... Letzte Woche veröffentlichte das US-Außenministerium (State Department) erstmals ... 357 Seiten erbeuteter deutscher Dokumente über Stalins Beziehung zu Hitler. ...

Im August 1939, nach der Unterschrift des Nichtangriffspakts, der Hitler für den Angriff im Westen freimachte, brachte Stalin auf Hitler folgenden Toast aus: "Ich weiß, wie sehr das deutsche Volk seinen Führer liebt; deshalb möchte ich auf seine Gesundheit trinken."

Am 18. Juni 1940, nach dem Fall Hollands, Belgiens und Frankreichs, berichtet der deutsche Botschafter in Moskau: "Molotow ... brachte die herzlichsten Glückwünsche zu dem großartigen Erfolg der deutschen Streitkräfte zum Ausdruck."

Im November 1940 kam es zu den schicksalhaften Meinungsverschiedenheiten über die Kriegsbeute.

Das State Department verbreitet zur Zeit über alle Sender der "Stimme Amerikas" die Dokumente über den Pakt. Natürlich ist das Propaganda, aber eine Propaganda, die auf lauterer Wahrheit basiert.<<

09.02.1948

WBZ: Landesbischof Theophil Wurm (Vorsitzender der Evangelischen Kirche Deutschlands) kritisiert am 9. Februar 1948 die "Rechtsprechung" der Siegermächte (x112/450): >>... Auf internationalem Boden kann man nicht Verbrechen, die von Deutschen begangen sind, verurteilen und im Namen derselben Gerechtigkeit über andere Verbrechen und Verbrechen ähnlicher Art schweigen.<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 9. Februar 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/72-73): >>9. Februar 1948. Zwischen die Menschen, die aus wirklicher Not ... über die Zonengrenze in Richtung West und Ost getrieben werden, haben sich solche eingeschlichen, die mit der Not Geschäfte machen. Schwarzhändler, Schieber, Nachkriegsgewinnler. ...

Schwarzhändler haben hier in der Nähe von Friedland ihre großen Umschlagstationen. Hierher fließen Strümpfe und Textilwaren aus Sachsen und Thüringen und gehen umgekehrt Lebensmittel und Eisenwaren in die sowjetische Besatzungszone. Hier werden die gewinnbringenden Geschäfte abgeschlossen, die Grenzgänger entlohnt, neue Ware bestellt, ein alter Posten abgeschoben und Geld – Geld wird gezahlt. Bündelweise. ...

Es wird von der Polizei berichtet, daß die Schieber unter sich einen richtigen Nachrichtenapparat aufgezogen haben. Man will sicher gehen, kundschaftet vorher die Streifen der Polizei aus, läßt sog. "blinde Trupps" irgendwo mit viel Lärm die Grenze passieren, um dafür geruhlos an einer anderen Stelle unbeobachtet die Waren hin- oder herüberbringen zu können

Es sind entsetzliche Zustände. Nur wer schiebt oder irgendwas "zu bieten" hat, kann noch einigermaßen leben. Alle anderen - und das ist die überwiegende Mehrzahl - darben und hungern. ...<<

11.02.1948

USA: Die US-Zeitschrift "LIFE" schreibt am 11. Februar 1948, daß der tatsächliche Reparationspreis des Krieges nicht die maschinelle Ausplünderung Deutschlands war, sondern das deutsche Hirn und die deutsche Forschung.

Die deutsche Journalistin Eva Schweitzer berichtet später über die "Anwerbung von deutschen Wissenschaftlern" (x310/315-316): >>Das streng geheime Rekrutierungsprogramm wurde von der Joint Intelligence Objective Agency (JIOA) betrieben, die William Henry Whalen unterstand. Im September 1945 wurde die erste Gruppe von sieben Wissenschaftlern eingeflogen, darunter Wernher von Braun. Insgesamt kamen 127 Raketenforscher aus Peenemünde ... Insgesamt brachte die "Operation Paperclip" so Linda Hunt, um die 1.600 Wissenschaftler und Spezialisten in die USA, die für die Regierung, die U.S. Army oder die NASA arbeiteten, dabei auch am Mondlandungsprogramm.

Darüber hinaus kamen Hunderte von Wissenschaftlern, die bei CIA-Tarnorganisationen, Universitäten, oder Rüstungsfirmen angestellt wurden, darunter Lockheed, Martin Marietta und North American Aviation.

Die JIOA hatte immer behauptet, die Operation habe 1947 geendet, aber tatsächlich wurde sie 1948 noch ausgeweitet, erreichte ihren Höhepunkt 1956 und endete erst 1973. Die USA befanden sich dabei in einem Wettlauf mit den Sowjets, die ebenfalls nach Nazi-Wissenschaftlern und Spionen in den von ihnen besetzten Gebieten suchten. ...<<

19.02.1948

WBZ: Der Nürnberger Militärgerichtshof verurteilt am 19. Februar 1948 folgende Wehrmachtsoffiziere (x112/457): >>... Feldmarschall Wilhelm List und General Walter Kuntze (erhalten eine) ... lebenslängliche Zuchthausstrafe (Fall VII).

Die Generale Lothar Rendulic und Wilhelm Speidel erhalten 20 Jahre, Helmuth Felmy 15 Jahre, Hubert Lanz 12 Jahre, Ernst von Leyser 10 Jahre und Ernst Dehner 7 Jahre Zuchthaus.

Die Generale Curt von Geitner und Hermann Foertsch werden freigesprochen.

Feldmarschall Maximilian von Weichs wird wegen lebensgefährlicher Erkrankung von der Verhandlung freigestellt.<<

Strafen nur für die Verlierer

Im Verlauf der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wurden lediglich die zahllosen Verbrechen der Verlierer geahndet. Die Kriegsverbrechen der Siegermächte ahndete man fast nie. In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung und im öffentlichen Leben der UdSSR existieren bis heute keine Massenverbrechen der Roten Armee.

Das unvorstellbare Ausmaß und die gesellschaftspolitischen Folgen der unfabbaren Gewalttaten, die sich während der angeblichen "sowjetischen Befreiungsmission" ereigneten, wurden nach dem Krieg zum brisanten Tabuthema erklärt. Auch die unfabbaren Notzuchtverbrechen der osteuropäischen "Befreier" blieben ungesühnt, weil ungezählte Opfer schwiegen und die deutschen Bundesregierungen nicht den erforderlichen Mut besaßen, die an den Ost-, Mittel- und Volksdeutschen verübten Massenverbrechen juristisch zu verfolgen. In der späteren DDR durften die Befreier selbstverständlich keine Vergewaltiger sein, denn es paßte natürlich nicht zur kommunistischen Ideologie.

Die Regierungen der UdSSR leugneten jahrzehntelang alle Kriegsverbrechen und gaben nie öffentliche oder offizielle Entschuldigungen ab. Die sog. Befreiungs- und Nachkriegskatastrophen der Deutschen wurden bis zum heutigen Tag von allen deutschen Bundesregierungen tabuisiert und feige verdrängt, um die vermeintlich guten diplomatischen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten nicht zu stören oder zu gefährden.

Die ungesühnten Massenverbrechen der sowjetischen "Befreier"

Während die Siegermächte nach dem Kriegsende viele deutsche Wehrmachtsoffiziere zu langen Haftstrafen oder zum Tod verurteilten, blieben z.B. sämtliche verantwortlichen Armeeführer der sowjetischen "Befreiungstruppen" unbehelligt.

Diese sowjetischen Armeeführer wurden damals mit den höchsten Militärorden und Auszeichnungen der UdSSR ausgezeichnet. Sie erhielten nach dem Zweiten Weltkrieg wichtige politische Ämter und machten z.T. als Mitglieder des ZK der KPdSU und als Deputierte des Obersten Sowjets der UdSSR glänzende Karrieren.

Iwan Tschernjachowski (1906-1945, seit 1928 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Armeegeneral, 2facher Held der Sowjetunion: 1943, 1944). Tschernjachowski wurde in Ostpreußen tödlich verwundet und starb am 18.02.1945.

Sein Nachfolger war Alexander Wassilewski (1895-1977, seit 1938 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).

Konstantin Rokossowski (1896-1968, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held der Sowjetunion: 1944, 1945).

Georgi Shukow (1896-1974, seit 1919 Mitglied der KPdSU, ab 1943 Marschall, 4facher Held der Sowjetunion: 1939, 1944, 1945, 1956).

Iwan Konjew (1897-1974, seit 1918 Mitglied der KPdSU, ab 1944 Marschall, 2facher Held

der Sowjetunion: 1944, 1945).

Die sowjetischen Massenverbrechen wurden von allen Regierungen der Sowjetunion hartnäckig geleugnet und energisch abgestritten. Gemäß sowjetischer Geschichtsschreibung verübten die Soldaten der Roten Armee nirgends Massenverbrechen. Es hätte auch keine Gründe zur Panik und Flucht gegeben. Die Deutschen wären lediglich aus psychotischer Angst vor der sowjetischen Armee geflohen, weil sie Goebbels verlogene Propaganda in Angst und Schrecken versetzt hätte.

Während der sowjetischen Befreiungsmision hätten sich höchstens "persönliche Racheakte" von Einzeltätern oder "harmlose und verständliche Entgleisungen" ereignet. Das Benehmen der Sowjetsoldaten wäre ansonsten im allgemeinen überall menschlich gewesen.

General Katukow stellt später fest (x025/110): >>Bevor wir in deutsches Gebiet einmarschierten, rief der Kriegsrat die Truppen auf, sich auf gegnerischem Territorium würdig zu verhalten.

Der Haß, den unsere Menschen gegen die Faschisten hegten, machte diesen Appell notwendig. ... Doch dieser Haß durfte sich nicht gegen die deutsche Zivilbevölkerung richten. ...

Unsere Erziehungsarbeit war erfolgreich: Der Kriegsrat brauchte sich nicht mit unwürdigem Verhalten gegenüber der deutschen Bevölkerung auseinanderzusetzen. ...<<

Nach Kriegsende berichtet Marschall Sokolowskij (ab 1944 Stabschef der 1. Ukrainischen Front) vor westeuropäischen Pressekorrespondenten (x025/110-111): >>Gewiß, es sind eine Menge häßliche Dinge passiert. Aber haben Sie etwas anderes erwartet?

Sie wissen, was die Deutschen mit unseren Kriegsgefangenen anstellten. Wie sie unser Land verwüsteten, wie sie mordeten, raubten und plünderten. Haben sie Majdanek oder Auschwitz gesehen?

Jeder unserer Soldaten hat Dutzende seiner Kameraden verloren. Jeder von ihnen hat seine persönliche Rechnung mit den Deutschen zu begleichen und im ersten Rausch des Sieges empfanden unsere Soldaten eine gewisse Genugtuung, wenn sie es den Frauen dieses Herrenvolkes zeigen konnten.

Aber das ist jetzt vorbei. Wir haben diese Dinge weitgehend abgestellt. Im übrigen ist es auch nicht gerade so, daß die meisten deutschen Frauen keusche Jungfrauen wären. Unsere Hauptsorge ist das erschreckende Ansteigen der Syphilis bei unseren Soldaten. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung ("Geschichte des Großen Vaterländischen Krieges der Sowjetunion 1941-45", herausgegeben vom ZK der KPdSU, Moskau 1963, Bd., heißt es (x010/24-25): >>Eine der wichtigsten Aufgaben der politischen Arbeit in der Armee war nach wie vor die Erziehung zum glühenden Haß gegen die faschistischen Okkupanten. Die Kommandeure und Politarbeiter begriffen sehr wohl, daß man keinen Feind besiegen kann, wenn man ihn nicht aus vollster Seele haßt. In Flugblättern und Zeitungsartikeln wurden die Verbrechen der faschistischen Eroberer auf sowjetischem und polnischem Boden beschrieben. Die Familien vieler Militärangehöriger hatten unter den faschistischen Okkupanten gelitten.

... Zorn und Haß glühten in den Herzen der Soldaten, als sie auf die ehemaligen faschistischen Todeslager in Litauen, Ostpreußen und Polen trafen oder Berichte von Sowjetmenschen hörten, die der faschistischen Sklaverei entronnen waren. ...

Vor dem Angriff verstärkten neue Kader die Politorgane. ... Aus den rückwärtigen Truppenteilen und der Reserve kamen die besten Kommunisten und Komsomolzen in die Partei- und Komsomolorganisationen der Kampfseinheiten ...

Bei der 2. und 3. Belorussischen Front machten die Kommunisten und Komsomolzen fast die Hälfte des gesamten Personalbestandes aus. ... Die Leiter der Politabteilungen der Divisionen und Brigaden händigten die Parteimitgliedsbücher teilweise in den vordersten Stellungen aus.

...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die Streitkräfte der UdSSR (x047/107,277): >>... Der Organisator und Inspirator des Sieges des Sowjetvolkes im Großen Vaterländischen Krieg war die Kommunistische Partei mit ihrem Kampfstab - dem Zentralkomitee. Während des Krieges nahm die Autorität der Partei unermesslich zu. ...

Außerordentlich große Aufmerksamkeit widmete die Partei den sowjetischen Streitkräften. Ihr Sieg war der Sieg der Militärpolitik der Partei. Die Politorgane von Armee und Flotte leisteten eine enorme parteipolitische Arbeit zur erfolgreichen Lösung der Aufgaben des bewaffneten Kampfes und zur Erziehung der Armeeinghörigen. ...

Zur Festigung der Führung der Parteikräfte durch die Partei entsandte die KPdSU 1,6 Millionen Kommunisten und 3,5 Millionen Komsomolzen an die Front. Sie zementierten die Truppenteile und waren im Gefecht eine zuverlässige Stütze der Kommandeure. Die Reihen der Partei wurden ununterbrochen aufgefüllt. Während des Krieges traten 5.319.000 Werktätige in die Partei ein. Mehr als 3,0 Millionen Kommunisten fielen an den Fronten des Krieges. ...<<

>>... Der größte Teil der Streitkräfte war an der sowjetisch-deutschen Front konzentriert. Hier hatte die handelnde Armee (Kampftruppen) 1945 eine Stärke von 6,7 Millionen Mann (ohne Reserve- und Nachschubeinheiten). ...

Die Streitkräfte der UdSSR haben sich in den Jahren des Zweiten Weltkrieges unsterblichen Ruhm erworben. Für Heldentaten im Kampf wurden mehr als 7,0 Millionen Armeeinghörige mit Orden und Medaillen geehrt, mehr als 11.600 Angehörigen der Streitkräfte wurde der Titel "Held der Sowjetunion" verliehen. Ungefähr die Hälfte aller Ausgezeichneten waren Kommunisten oder Komsomolzen. ...<<

In der offiziellen sowjetischen Geschichtsschreibung berichtet man später über die "Befreiungsmission" der sowjetischen Streitkräfte im "Großen Vaterländischen Krieg" (x047/5,39):

>>... Sie befreiten auch einen großen Teil Deutschlands und setzten der Aggression dort das Ende, von wo diese ausgegangen war – in der faschistischen Befehlszentrale Berlin. Sie bewahrten die Welt vor faschistischer Sklaverei und erfüllten zuverlässig alle militärischen Pflichten, die der Sowjetstaat als Verbündeter der Antihitlerkoalition übernommen hatte. ...

Die Schlachten des Krieges tobten noch, da halfen sie bereits den befreiten Völkern, das Leben im Lande wieder in Gang zu bringen und ihre demokratischen Errungenschaften vor Anschlägen der Konterrevolution zu verteidigen. Der Sieg der Sowjetunion über den Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes von der Naziherrschaft eröffneten ihm den Weg zum antifaschistischen, demokratischen und sozialistischen Neubeginn, eröffneten den Weg zur Gründung der DDR ...

Die Völker der Welt feierten dankbar die historische Befreiartat der Sowjetstreitkräfte ...<<

>>... Die Ziele der Befreiungsmission wurden vom ZK der KPdSU und der Sowjetregierung gleich zu Beginn des Großen Vaterländischen Krieges festgelegt.

Es war vorgesehen, den Völkern Europas bei ihrer Befreiung von den faschistischen Eroberern Hilfe zu leisten und sie bei der Wiedererrichtung ihrer unabhängigen Nationalstaaten zu unterstützen sowie ihnen völlige Freiheit bei der Lösung der Frage des Staatsaufbaus und der sozialen Ordnung zu gewähren. 1944/45 wurden von den sowjetischen Truppen 13 Länder Europas und Asiens vollständig oder teilweise befreit. ... Mehr als 1,0 Millionen sowjetische Soldaten fielen im Kampf für die Befreiung der unterdrückten Völker. ...

Die Befreiungsmission der sowjetischen Streitkräfte hatte große historische Bedeutung und wurde von den Völkern der Welt mit aufrichtiger Dankbarkeit begrüßt. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über "Ausblendung" der sowjetischen Verbrechen (x046/20): >>In der Sowjetunion sind auch von deutscher Seite Verbrechen begangen worden, für die vor allem die zuständigen Organe des Reichsführers SS Himmler die Verantwortung tragen. Doch alle diese Untaten sind immer wieder Gegenstand eingehender Schilderungen; sie sind heute fast bis ins Detail bekannt.

Die von den Sowjets begangenen Verbrechen dagegen werden bewußt und methodisch der Vergessenheit anheimgegeben, denn um keinen Preis darf ja so etwa wie eine "Aufrechnung" stattfinden. Und dabei gehört der historische Vergleich, das Aufzeigen von Zusammenhängen und Parallelitäten doch zu den unveräußerlichen Pflichten einer wahrheitsgetreuen Geschichtsschreibung, soll anders nicht bewußt einem einseitigen Bild der Geschehnisse Vorschub geleistet werden. ...<<

Der US-Politikwissenschaftler Zbigniew Brzezinski (von 1966-1968 und 1977-1981 Sicherheitsberater der US-Präsidenten Johnson und Carter) berichtet später über die sowjetischen Massenverbrechen (x046/191): >>Hitlers Verbrechen werden immer noch gerecht bestraft. Aber in der Sowjetunion gibt es buchstäblich Tausende von ehemaligen Killern und ehemaligen Folterern, die von offiziellen Pensionen leben und den verschiedenen revolutionären Festlichkeiten, geschmückt mit ihren Medaillen, beiwohnen. ...<<

Der französische Politikwissenschaftler und Germanist Alfred Grosser schreibt später in seinem Buch "Ermordung der Menschheit" über Stalins Verbrechen (x075/88-89): >>... Das sowjetische Verbrechen ist in der Innenpolitik der westlichen Länder immer wieder angeführt worden, um vorhandene soziale Privilegien zu verteidigen und um strukturelle Gewalt aufrechtzuerhalten. Mit derselben Beständigkeit wurde das Verbrechen aber auch geleugnet; man glorifizierte sogar den oder die Schuldigen, um nicht der Partei oder dem Bündnis mit ihr zu schaden. Ein Leugnen, das bald der wissentlichen Lüge, bald der Blindheit durch Glauben oder Leichtsinnigkeit oder dem Wunsch, die Augen zu verschließen, entsprang; ein Leugnen auch, weil es Verbrechen gab, die in der damaligen Zeit noch nicht erkennbar waren. ...

Auf der anderen Seite wurde das Verbrechen als eine Verirrung, als ein Unfall oder auch als das Produkt einer bestimmten Gesellschaft verstanden; als ein Verbrechen, das keinesfalls für eine in einem Regime konkrete Wirklichkeit gewordene Doktrin kennzeichnend sei, während zugleich Auschwitz als die zwangsläufige Vollendung eines übersteigerten Faschismus verstanden wurde.

... Die makabren Zahlenvergleiche zeigen, daß Stalin außerhalb des Krieges mehr Leichen "produziert" hat als Hitler. Zwar hat Hitler den Polizeistaat begründet und organisiert, was die Durchführung der Massaker ermöglichte, aber dafür hat Stalin als Nachfolger Lenins sowohl die Tscheka (sowjetische Geheimpolizei) als auch die Lager vorgefunden. ...<<

Der deutsche Historiker Joachim Hoffmann (1930-2002) berichtet später über die sowjetischen Kriegsverbrechen (x046/314-315): >>... Durch die auf deutschem Boden begangenen Völkerrechtsverletzungen hatten große Teile der Roten Armee sich außerhalb der Traditionen herkömmlichen Soldatentums gestellt. Straftaten gegen Wehrlose ... als Massenerscheinung und nach Anstiftung und unter Beteiligung der militärischen Führer waren in den Armeen anderer europäischer Staaten selbst im Zweiten Weltkrieg unbekannt und wären von den Kommandostellen auch niemals geduldet worden.

Und die deutsche Wehrmacht machte hiervon keine Ausnahme. Raub und Plünderung, ganz zu schweigen von Mord und Notzuchtverbrechen, waren nach zwingenden Vorschriften des Militärgesetzbuches mit schweren Strafen bedroht. Die Kriegsgerichte haben auch in den sowjetischen Gebieten zur Wahrung der militärischen Disziplin Vergehen und Verbrechen von Wehrmachtsangehörigen an der Zivilbevölkerung in der Regel mit harten Strafen geahndet und oft nicht gezögert, selbst die Todesstrafe zu verhängen.

Fragt man daher nach den Verantwortlichen für die in den deutschen Ostprovinzen begangenen Kriegsverbrechen, so würde es sich, folgte man dem alten militärischen Grundsatz, daß die Vorgesetzten in jedem Fall für die Handlungen ihrer Untergebenen verantwortlich sind, bei der Mehrzahl der dort eingesetzten Befehlshaber und Truppenführer und bei vielen Angehörigen des mittleren und unteren Führerbestandes auch im Sinne des Nürnberger Statutes um "Kriegsverbrecher" gehandelt haben. ...<<

25.02.1948

CSR: Staatspräsident Benesch wird nach einem Staatsstreich der Kommunistischen Partei (Gleichschaltung von Polizei, Presse, Rundfunk und Verwaltung) am 25. Februar 1948 zum Rücktritt gezwungen. KP-Chef Klement Gottwald gründet nach der gewaltsamen Machtübernahme die "Volksrepublik Tschechoslowakei" und bildet in der CSR eine kommunistische Regierung (x004/68).

26.02.1948

WBZ: In Hameln werden am 26. Februar 1948 vierzehn ehemalige Gestapo-Beamte gehängt, die man wegen der Ermordung von 50 gefangenen britischen Fliegeroffizieren zum Tod verurteilt hatte (x130/253).

Das Präsidium des Bayerischen Roten Kreuzes beschwert sich am 26. Februar 1948 schriftlich beim Länderrat der nordamerikanischen Besatzungszone, daß von den 340.000 im Gebiet von Hessen ansässig gewordenen sudetendeutschen Vertriebenen noch mindestens 6.000 Familienangehörige zwangsweise in der CSR zurückgehalten werden (x004/125).

Frankreich: Nach offiziellen Angaben befinden sich am 26. Februar 1948 noch 280.000 Deutsche in französischer Kriegsgefangenschaft (x112/461).

01.03.1948

Vatikan: Papst Pius XII. schreibt am 1. März 1948 an die deutschen Bischöfe (x150/44): >>... Besondere Berücksichtigung werden immer die Ostflüchtlinge verdienen, die aus ihrer Heimat im Osten zwangsweise und unter entschädigungsloser Enteignung ausgewiesen und in die deutschen Zonengebiete überführt wurden.

Wenn wir auf sie zu sprechen kommen, so beschäftigt uns hier nicht so sehr der rechtliche, wirtschaftliche und politische Gesichtspunkt jenes in der Vergangenheit Europas beispiellosen Vorgehens. Über die genannten Gesichtspunkte wird die Geschichte urteilen. Wir fürchten freilich, daß ihr Urteil streng ausfallen wird.

Wir glauben zu wissen, was sich während der Kriegsjahre in den weiten Räumen von der Weichsel bis zur Wolga abgespielt hat.

War es jedoch erlaubt, im Gegenschlag 12 Millionen Menschen von Haus und Hof zu vertreiben und der Verelendung preiszugeben?

Sind die Opfer jenes Gegenschlags nicht in der ganz überwiegenden Mehrzahl Menschen, die an den angedeuteten Ereignissen und Untaten unbeteiligt, die ohne Einfluß auf sie gewesen waren? ...

Ist es wirklichkeitsfremd, wenn wir wünschen und hoffen, es möchten alle Beteiligten zu ruhiger Einsicht kommen und das Geschehene rückgängig machen, soweit es sich rückgängig machen läßt? ... <<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet später in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 3 – 1998 über den Papst-Brief vom 1. März 1948 (x853/...): >>... Ein "vergessener" Papst-Brief ...

Während sich die deutschen Heimatvertriebenen damals in ihrer seelischen und geistigen Not durch das väterliche Wort des Papstes innerlich gestärkt und ermuntert fühlten, verübelten polnische Kreise dem Pontifex den Brief und hielten ihm in einer Erklärung vom Juni 1948 vorwurfsvoll entgegen:

"Der Papst hat es nicht als beispiellos befunden, als die Deutschen Millionen von Polen töteten und die Professoren und Gelehrten einer der ältesten europäischen Universitäten in Dachau und Oranienburg sterben ließen."

Gleichsam eine später wieder aufgegriffene Anklage vorwegnehmend, fuhren die polnischen Papst-Kritiker in ihrem Protest fort:

"Der Papst hat weder gegen die Gaskammern und Krematorien von Auschwitz, Majdanek und Treblinka protestiert noch diese ein in Europa ohne Beispiel dastehendes Verbrechen ge-

nannt".

- Kardinalprimas Hlond fühlte sich veranlaßt, diese scharfe Attacke der Krakauer Hochschul-Lehrerschaft und 50 weiterer Kollegen aus ganz Polen in einem eigenen Hirtenbrief etwas abzuschwächen und seine polnischen Landsleute zu beruhigen. Sie sollten "in den neu gewonnenen Gebieten alle Beunruhigung fallen lassen und sich in dem Glauben bestärken, daß sie nicht vergeblich im Schweiß ihrer Arbeit Brachland fruchtbar gemacht und Industrien in Gang gesetzt" hätten.

Formulierungen, die mit Ausdrücken wie "Brachland" und "Industrien in Gang gesetzt" dem Unkundigen oder Nachgeborenen eine irreführende Vorstellung nahe bringen und ihn die vorausgegangene Vertreibung der bisherigen Landbearbeiter und Industriebetreiber aus den Augen verlieren lassen.

Bei Primas Augustyn Hlond fast eine "Neuaufgabe" seiner täuschungsverdächtigen Ausdeutung päpstlicher "Vollmachten" im Jahre 1945, welcher deutsche Ordinarien und Kapitular-Vikare zum Opfer gefallen sind.

Vermied Kardinal Hlond immerhin noch augenscheinliche Unrichtigkeiten und operierte in national-polnischen Angelegenheiten mit Vieldeutigkeiten, die er dann stets in seinem Sinne auszulegen verstand, hantierten die akademischen Papst-Kritiker von Krakau und anderen polnischen Hochschulen sogleich mit offenen Zahlen und beschwerten sich in ihrem Protest gegen den Papst-Brief vom 1. März 1948 auch über die von Pius XII. gemachte Angabe von "zwölf Millionen Deutschen", die aus Polen vertrieben worden seien.

Sie hielten dagegen: "Die in der päpstlichen Botschaft an die deutschen Kirchenführer enthaltene Behauptung, es seien zwölf Millionen aus Polen ausgesiedelt worden, ist unrichtig. Es sind nur 2.155.000 Deutsche nach Deutschland umgesiedelt worden."

- Mit dieser "Gegendarstellung" übernahmen die polnischen Beschwerdeführer unbesehen die falschen Zahlenangaben der kommunistischen Regierung in Warschau und machten sich damit im wahrsten Sinne des Wortes zum Sprachrohr der kommunistischen Menschenvertreiber. Der angesehene Zeithistoriker und renommierte Bevölkerungsstatistiker Heinz Nawratil, hat in einer vielbeachteten Studie der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) schlüssig nachgewiesen, daß sogar mehr als "nur" 12 Millionen Menschen 1945 aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches geflohen und vertrieben worden sind.

Unzutreffend wie die von Warschau angegebene Zahl ist auch die von ihr verwendete Bezeichnung "ausgesiedelt". Die ihr innewohnende Verharmlosung beleidigt die Millionen Vertreibungsoffer, welche die Ost- und die Sudetendeutschen zu beklagen hatten.

Pius XII. gedachte in seinem Brief dieses Opfergangs, wenn er von dem "furchtbaren Verhängnis" sprach, das über "die ostdeutsche Bevölkerung hereingebrochen ist". Und daß ihm diese Mitleidensbekundungen nicht wohlfeile Worte waren, erhellt die Erwähnung seiner persönlichen Erinnerungen:

"Wir haben in den Tagen, da wir in Eurem Vaterland wirkten, die Glaubensfreudigkeit und Glaubenstreue der ostdeutschen Katholiken kennen und schätzen gelernt. Wie lebendig ist in uns noch vom Jahre 1926 her die Erinnerung an die stolze Heerschau des katholischen Deutschlands in Breslau, die ja der Hauptsache nach eine Heerschau des katholischen deutschen Ostens war, ein gewaltiger Ausdruck katholischen Denkens und treuer Hingabe an Kirche und Papst."

"Mit Ergriffenheit gedenken wir der Stunden, in denen bei unvergeßlichen Feiern die Weihe eurer Heiligtümer uns die Seele erfüllte, und Trauer bedrückt uns bei dem Gedanken, daß ihre Türme, wo sie noch stehen, heute weit hinaus in ein verwüstetes und hoffnungsarmes Land ragen." ...<<

06.03.1948

Großbritannien: Während einer Konferenz in London beraten die Westmächte am 6. März

1948 u.a. auch über eine bessere Zusammenarbeit in der nordamerikanischen, britischen und französischen Besatzungszone sowie über Deutschlands Teilnahme am Marshall-Plan.

10.03.1948

WBZ: Ein US-Militärgericht fällt am 10. März 1948 in Nürnberg die Urteile gegen 14 angeklagte ehemalige SS-Abteilungsleiter ("RuSHA-Prozeß").

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "RuSHA-Prozeß" (x051/507): >>RuSHA-Prozeß, Verfahren vor dem Militärgerichtshof I der USA in Nürnberg gegen den Chef des Stabshauptamts/Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums Ulrich Greifelt und 13 andere wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in einer verbrecherischen Organisation (Fall 8).

Die Angeklagten waren 14 hohe Angehörige verschiedener SS-Organisationen – z.B. des Rasse- und Siedlungshauptamts (RuSHA) und der Volksdeutschen Mittelstelle –, deren Ziel es nach der Anklageschrift war, die angebliche Überlegenheit der nordischen Rasse zu fördern und zu schützen sowie alle diejenigen Kräfte zu unterdrücken und auszurotten, die dem entgegenstanden.

Durch Urteil vom 10.3.48 wurden Greifelt zu lebenslänglich und zwölf Mitangeklagte bei teilweiser Freisprechung von Anklagepunkten zu zeitigen Freiheitsstrafen von zwei Jahren acht Monaten bis 25 Jahren verurteilt.

Die einzige weibliche Angeklagte, Inge Viermetz vom Lebensborn, wurde freigesprochen. Fünf Verurteilte wurden auf Anordnung des Gerichts sofort freigelassen, weil die Untersuchungshaft eine "hinreichende Bestrafung darstelle".

Ein ehemaliger Leiter des RuSHA, Richard Hildebrandt (25 Jahre Haft), wurde an Polen ausgeliefert, dort zum Tod verurteilt und am 10.3.51 hingerichtet.

Greifelt starb während der Strafhaft.

Die Strafen der weiteren Verurteilten wurden durch Gnadenerlaß des US-Hochkommissars McCloy vom 31.1.51 herabgesetzt.<<

Der Rat der EKD und andere evangelische Kirchengemeinschaften veröffentlichen am 10. März 1948 ein "Wort christlicher Kirchen in Deutschland für einen rechten Frieden und gegen die Zerreißung des deutschen Volkes" (x112/470): >>... Echter Friede kann nur werden, wenn im Mittelpunkt Europas die natürlichen Lebensverhältnisse wiederhergestellt werden.

Der Osten kann den Westen und der Westen den Osten auch wirtschaftlich nicht entbehren.<<

18.03.1948

SBZ: Beim 2. Volkskongreß spricht sich Otto Grotewohl (1894-1964, ab 1949 Ministerpräsident der DDR) am 18. März 1948 für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie aus (x009/509).

WBZ: Die Wochenzeitung "DIE ZEIT" berichtet am 18. März 1948 unter der Überschrift "1848-1948" (x112/474): >>... Aus unserer ganzen Geschichte seit 1848 können wir das eine lernen, daß die Freiheit noch höher steht als die Einheit. Das hat schon für die alte Freiheit gegolten, und es gilt erst recht für eine neue Freiheit, die sich mit der sozialen Gerechtigkeit zu verbinden hätte.

Wir besitzen sie bisher nirgends, ... aber sie läßt sich nur im Westen Deutschlands gewinnen.<<

19.03.1948

Belgien: Die interalliierte Reparationsagentur (IARA) berichtet am 19. März 1948 in Brüssel, daß die bisherigen deutschen Reparationsleistungen an Frankreich einen Wert von 54 Mrd. Franc betragen (x112/475).

20.03.1948

Berlin: Da sich die Sowjetunion erwartungsgemäß nicht an die Abmachungen des Alliierten Kontrollrats hält, und die westlichen Alliierten nicht bereit sind, weitere Zugeständnisse zu machen, verschärfen sich allmählich die unüberwindlichen Gegensätze zwischen Ost und

West.

Am 20. März 1948 findet die letzte Sitzung des Alliierten Kontrollrats statt. Marschall Wassili D. Sokolowski (1897-1968, ab 1946 Oberkommandierender der sowjetischen Truppen in der SBZ) protestiert gegen die antisowjetische Haltung der Westmächte und verläßt vorzeitig die Sitzung des Alliierten Kontrollrats.

Die Viermächte-Verwaltung Deutschlands wird damit beendet, denn der Alliierte Kontrollrat nimmt die Arbeit später nicht mehr auf. Danach beginnt der sog. "Kalte Krieg" mit scharfer Propaganda, Druckmitteln und Zwangsmaßnahmen aller Art.

Dieser "Kalte Krieg" hat für Deutschland verhängnisvolle Folgen, denn er besiegelt langfristig die deutsche Spaltung. Er zwingt die Mittel- und Westdeutschen, Partei zu ergreifen, so daß die Wiedervereinigung Deutschlands jahrzehntelang unmöglich wird. Der wirtschaftliche und politische Aufbau Westdeutschlands und der militärische Schutz Westeuropas wird nachweislich mit dem vorläufigen Verzicht auf die Wiederherstellung Deutschlands erkauft.

Während des "Kalten Krieges" erlahmen die politischen Säuberungsmaßnahmen der Siegermächte zusehends, denn man benötigt jetzt auch die stärker belasteten NSDAP-Mitglieder für den Kampf gegen den Kommunismus oder den Kapitalismus und stuft sie deshalb nicht selten pauschal als Mitläufer ein.

US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) berichtet später über die letzte Sitzung des Kontrollrats am 20. März 1948 und die Spannungen im Alliierten Kontrollrat (x299/146, x059/109):

>>... Nachdem der Dolmetscher die Übersetzung der sowjetischen Einwürfe beendet hatte, begann der britische Vertreter mit einer Erwiderung. Die sowjetische Delegation unterbrach ihn grob, indem sie sich ohne Erklärung ... wie ein Mann erhob; Sokolowskij erklärte: "Ich finde es sinnlos, die Sitzung fortzusetzen, und ich erkläre sie hiermit für vertagt."

Ohne ein weiteres Wort machten die sowjetischen Vertreter auf den Absätzen kehrt und verließen den Konferenzsaal. ...<<

>>... Wir hatten viele Monate versucht, zu einer gemeinsamen Politik zu kommen, während die Sowjetunion rücksichtslos ihre eigene Politik betrieb; wir wollten nun nicht mehr länger warten, sondern versuchten, allein oder mit jenen zusammen, die sich uns anschließen würden, die Ziele zu erreichen, die wir alle uns in Deutschland gesteckt hatten.<<

Sir Brian Robertson (1896-1974, britischer General, 1947-1948 Militärgouverneur der britischen Besatzungszone, 1949-1950 Hoher Kommissar in der Bundesrepublik Deutschland) schreibt später über die Fehler der anglo-amerikanischen Besatzungspolitik (x128/194): >>...

Frankreich, das weder in Jalta noch in Potsdam vertreten war, ist seitdem stets bestrebt gewesen, die Verantwortung für die Folgen dieser Konferenzen von sich zu weisen. Seine Einstellung zu Deutschland kam deutlich zum Ausdruck in der auf der Pariser Konferenz von Mai 1946 erhobenen Forderung, das Ruhrgebiet von Deutschland abzutrennen und durch eine internationale Behörde verwalten zu lassen. ...

Sehr bald erkannte ich, daß die Voraussetzungen, auf denen unsere Politik gegründet war, falsch waren und daß es auf die Ziele, die man erreichen wollte, überhaupt nicht ankam. Die eigentliche Gefahr für die Zukunft Europas und für den Frieden in der Welt war nicht Deutschland, sondern Rußland.

Das unmittelbare Ziel hatte nicht zu sein, Deutschland zu zerschlagen - es lag ja schon am Boden -, sondern es wiederaufzubauen und dabei so klug wie möglich vorzugehen. Wir mußten Deutschland retten - physisch vor Hunger, Schmutz und Not, geistig vor Verzweiflung und vor dem Kommunismus.

Den Amerikanern gingen erst bei der Moskauer Konferenz vom März 1947 endgültig die Augen auf. Dort ließ Rußland keinen Zweifel daran, daß es nicht die geringste Absicht hatte, Deutschland, wie in Potsdam vereinbart, als wirtschaftliche Einheit zu behandeln, oder den Deutschen zu erlauben, baldige Fortschritte im Sinne der Westmächte zu machen. Nun end-

lich wurde den Vereinigten Staaten klar, daß sie auf unabsehbare Zeit für die Ernährung Deutschlands, die Verwaltung der amerikanischen Zone und für die Verteidigung Europas eine gewaltige Last würden auf sich nehmen müssen, wenn sie weiterhin den Dingen Ihren Lauf ließen.<<

Der deutsche Historiker Ernst Deuerlein (1918-1971) berichtet später über die sowjetische Deutschlandpolitik (x128/195): >>Das Nebeneinander gegensätzlicher und einander sich ausschließender Äußerungen und Haltungen sowjetischer Funktionäre, vornehmlich Stalins, zur Frage der Behandlung Deutschlands nach dessen Besiegung und Besetzung, erschwert nicht nur die Charakterisierung und Festlegung der sowjetischen Deutschlandpolitik. Es macht zweifelsfreie Feststellungen über die tatsächlichen Absichten der Sowjetunion in Deutschland unmöglich. Möglich sind nur begründete Mutmaßungen. Erkennbar sind heute drei Richtungen:

1. Stalin verstand die Besetzung eines Teiles Deutschlands als Möglichkeit der Westverlagerung Polens und als Mittel zur Stärkung der Sowjetunion.
2. Die Gruppe um den 1948 verstorbenen sowjetischen Spitzenfunktionär Andrej A. Shdanow, der im Zweiten Weltkrieg die Verteidigung der eingeschlossenen Stadt Leningrad leitete und als Nachfolger Stalins galt, betrachtete die sowjetische Besatzungszone Deutschlands als ein "Sprungbrett, von dem aus sich die Bolschewisierung Westdeutschlands und danach ganz Westeuropas organisieren lasse."
3. Stalins langjähriger Innenminister Berija soll, wie N. S. Chruschtschow im März 1953 mitteilte, vor allem nach dem Tode Stalins im Sommer 1953 willens gewesen sein, das Regime von Pankow zu liquidieren. Er soll einem Arrangement mit Deutschland den Vorzug vor der Behauptung eines Teiles von Deutschland gegeben haben. ...<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die "Besatzungspolitik" in der SBZ (x009/66): >>... Die sowjetische Verwaltungsspitze wurde die "Sowjetische Militär-Administration" in Deutschland (SMAD) mit Sitz in Berlin-Karlshorst. ...

Die SMAD, die ein Veto hatte, ließ nur solche Kontrollratsbeschlüsse zu, die ihr zusagten. So wurde der Kontrollrat bald gelähmt, eine gemeinsame Besatzungspolitik war gescheitert.

Mit dem Aufbau eines neuen, bald rein kommunistischen Verwaltungsapparates entstand neben der SMAD ein Apparat, der jedoch schon auf der untersten Stufe sowjetisch gelenkt wurde.

Die Besatzungspolitik hatte 2 verschiedene Ziele:

1. die wirtschaftliche Ausbeutung der Zone und
2. die politische Bolschewisierung.

Nachdem alle Pläne, eine Vereinigung der Westzonen und der SBZ auf kommunistischer Grundlage herbeizuführen, gescheitert waren, ist seit etwa Anfang 1948 die Einbeziehung der SBZ in den Ostblock das wichtigste Ziel der sowjetischen Besatzungspolitik.<<

24.03.1948

Jugoslawien: Am 24. März 1948 werden die letzten Internierungslager für Volksdeutsche aufgelöst (x025/26).

Die noch arbeitsfähigen Volksdeutschen weist man Staatsgütern und staatlichen Industriebetrieben zu, wo sie meistens für zunächst 3 Jahre in ein sog. vertragliches Arbeitsverhältnis übernommen werden. Ausgangsbeschränkungen, Meldepflicht und Polizeikontrollen gehören weiterhin zum Alltag der entlassenen Volksdeutschen (x006/114E).

26.03.1948

USA: Die US-Regierung sendet am 26. März 1948 eine Protestnote an die Sowjetunion (x112/479): >>... Nicht die Westmächte und die Schaffung der Frankfurter Verwaltung sind Anlaß für die politische Teilung Europas, sondern das systematische einseitige Vorgehen der Sowjetregierung in ihrer Besatzungszone und das Verhalten der osteuropäischen Staaten.<<

März 1948

WBZ: In der britischen und nordamerikanischen Besatzungszone werden im März 1948 täglich nur 1.298 Kalorien zugeteilt.

01.04.1948

SBZ: Die Bestimmungen für den Verkehr durch die sowjetische Besatzungszone (Interzonenverkehr) werden am 1. April 1948 nochmals verschärft.

UdSSR: Die "Prawda" kommentiert am 1. April 1948 die letzte AKR-Sitzung (x112/485): >>Die Zerstückelung Deutschlands ist vollendete Tatsache geworden. ...<<

03.04.1948

WBZ: Die "Rheinische Post" berichtet am 3. April 1948 über die Möglichkeit einer getrennten Staatenbildung in Deutschland (x112/488): >>Es gibt, wenn denn eines Tages der Westen tatsächlich ohne den Rest unseres Landes als souveräner Staat vor die Rampe der Weltbühne tritt, keine wirkliche Trennung, sondern nur eine vorläufige Hinderung.

Sowenig Europa kulturell an der Elbe endet, sowenig kann dieser Strom auf längere Zeit, geschweige denn auf Dauer, die deutsche Ostgrenze sein.

Wir werden den deutschen Osten in unseren Gedanken und Herzen bewahren bei jedem Schritt, den wir in den nächsten Wochen nach Westen tun. ...<<

Walter Müller-Bringmann berichtet am 3. April 1948 über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/73-74): >>3. April 1948. Beim Bildersuchdienst in Friedland liegen über 23.000 Fotos von vermißten Wehrmachtangehörigen vor. Das Rote Kreuz hat die Suchstelle eingerichtet. ...

Das Rote Kreuz hat nun planmäßig eine Suchaktion begonnen. ... Jeder ehemalige Gefangene, der das Lager durchläuft, wird nach seiner letzten Feldpostnummer gefragt. Dann wird nachgeschlagen, ob eine Suchmeldung über diese Einheit vorliegt. ...

Es gibt Heimkehrer, die unglaubliche Gedächtnisleistungen vollbringen. ... Die Bilder sind bei dieser Arbeit eine enorme Gedächtnisstütze. Leider sind es nicht nur freudige Nachrichten, die von den Angestellten des Lagers geschrieben werden können. ... Die Befragung ergibt auch oft genug die Mitteilung des Todes. ... Dann schreibt die (Lagerleitung): "Wir müssen Ihnen die traurige Nachricht übermitteln, daß heute von einem Kameraden ... mitgeteilt wurde, daß Ihr Sohn ... verstorben ist." ...

Vor allem werden sogenannte Schlüsselkräfte, also Offiziere und Lagerärzte, Sanitäter, Schreiber oder Kompaniefeldwebel sehr eingehend befragt. Denn diese wissen im allgemeinen ziemlich gut Bescheid ...<<

USA: Das europäische Wiederaufbauprogramm wird am 3. April 1948 verabschiedet.

Bis zum 30. Juli 1952 erhalten z.B. England 3,176 Milliarden Dollar, Frankreich 2,706 Milliarden Dollar; Italien 1,474 Milliarden Dollar und Westdeutschland 1,389 Milliarden Dollar (x024/225).

Der Marshall-Plan erfolgt vor allem aus politischen Gesichtspunkten (kontrollierte Eingliederung Deutschlands in das westeuropäische Staatensystem). Mit dem Marshall-Plan beginnt im Jahre 1948 die europäische Integration. Der Marshall-Plan ist damals kein selbstloser Akt der USA, denn der Wiederaufbau der zerstörten westeuropäischen Infrastruktur wird vielerorts von US-Unternehmen durchgeführt.

John F. Dulles (1888-1959; 1953-59 US-Außenminister, der den Kommunismus energisch bekämpft) schreibt später über den Marshall-Plan (x073/225-226): >>Das westliche Deutschland soll so schnell wie möglich dem westlichen Wirtschaftssystem eingegliedert werden.

Wenn ich dies sage, so denke ich nicht an eine permanente Teilung Deutschlands, aber der einzig mögliche Weg, auf dem man Deutschland einen kann, ist der, im Westen Europas einen Zustand zu schaffen, der so attraktiv ist und der für den Osten eine solche Anziehungskraft hat, daß die Sowjets nicht in der Lage sind, den Osten Deutschlands einzubehalten. Dann kann

man Deutschland wieder zusammenbekommen.

Mit anderen Worten: Ich finde mich nicht notwendigerweise mit einer permanenten Teilung Deutschlands ab, sondern sage, daß der einzige Weg, Deutschland unter Bedingungen zusammenzubringen, die für uns akzeptabel sind, der ist, mit der Eingliederung des westlichen Deutschlands in die so gesunde und kraftvolle Wirtschaft Westeuropas zu beginnen. ...<<

Der deutsche Historiker Karl Dietrich Erdmann (1910-1990) schreibt später über den Marshall-Plan (x243/161): >>... Die Motive für den Marshall-Plan müßten vor allem in der amerikanischen Überproduktion, im Willen zur Liberalisierung (Erleichterung) des Welthandels, aber auch im politischen und ideologischen Bereich gesehen werden.<<

05.04.1948

USA: Das US-State Departement berichtet dem nordamerikanischen Senat am 5. April 1948, daß man die sowjetische Behauptung zurückgewiesen hat, wonach die Oder-Neiße-Linie die endgültige deutsch-polnische Grenze sei (x028/244).

07.04.1948

CSR: Nach dem Staatsstreich verschärft sich der antijüdische Kurs der Kommunisten. Die am 7. April 1948 vorgenommene Revision des Restitutionsgesetzes schließt sämtliche Wiedergutmachungsverpflichtungen aus, wenn sie gegen das öffentliche Interesse verstoßen (x004/103).

10.04.1948

Berlin: US-Militärgouverneur Clay (1897-1978) warnt am 10. April 1948 das US-Kriegsministerium (x116/233): >>Die Tschechoslowakei haben wir verloren. ... Wenn Berlin fällt, folgt Westdeutschland als nächstes. Wenn wir beabsichtigen, Europa gegen den Kommunismus zu halten, dürfen wir uns nicht von der Stelle rühren.

Wir können Demütigungen und Druck, die nicht zum Krieg führen, in Berlin einstecken, ohne das Gesicht zu verlieren. Wenn wir fortgehen, gefährden wir unsere europäische Position. Falls Amerika dies jetzt nicht versteht, wenn es nicht begreift, daß die Würfel gefallen sind, wird es nie zu dieser Erkenntnis kommen, und der Kommunismus wird alles überrennen. Ich glaube, die Zukunft der Demokratie verlangt von uns, daß wir bleiben. ...<<

WBZ: In Nürnberg werden am 10. April 1948 im sog. "Einsatzgruppen-Prozeß" (Fall IX) 22 ehemalige SS-Führer verurteilt. 14 Angeklagte werden zum Tod durch den Strang verurteilt (x112/492).

Der deutsche Oberstaatsanwalt Alfred Streim (1932-1996) schreibt später über den "Ohlendorf-Prozeß" (x051/427): >>Ohlendorf-Prozeß (Einsatzgruppen-Prozeß), Verfahren des Militärgerichtshofs II der USA in Nürnberg gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe D, Otto Ohlendorf, und 23 andere frühere Angehörige der Einsatzgruppen wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Mitgliedschaft in verbrecherischen Organisationen (Fall 9).

Den Angeklagten wurde vorgeworfen, Hunderttausende von Menschen aufgrund eines Führerbefehls allein wegen ihres Glaubens und ebenso viele Menschen, die man als "politisch verseucht und als rassistisch sowie geistig minderwertige Elemente" bezeichnete, ermordet zu haben.

Das Verfahren wurde seinerzeit von der Presse als der größte Mordprozeß der Geschichte bezeichnet. Nach Anklageerhebung verübte ein Angeklagter Selbstmord und während der Hauptverhandlung wurde das Verfahren gegen den ehemaligen Chef der Einsatzgruppe C, Otto Rasch, wegen Verhandlungsunfähigkeit abgetrennt. Rasch starb am 1.11.48.

Durch Urteil vom 10.4.48 wurden Ohlendorf und 13 weitere Angeklagte zum Tod durch den Strang verurteilt, zwei Angeklagte erhielten lebenslänglich und fünf zeitige Freiheitsstrafen von drei bis 20 Jahren.

Der zum Tod verurteilte frühere Chef der Einsatzgruppe A, Eduard Strauch, wurde an Belgien

ausgeliefert und dort noch einmal zum Tod verurteilt. Er starb in der Haft.

Vier Todesurteile wurden bestätigt, u.a. das gegen Ohlendorf; die Restlichen wandelte der US-Hochkommissar McCloy am 31.1.51 im Gnadenweg in lebenslängliche Freiheitsstrafen um. Zugleich setzte er alle weiteren Strafen herab.<<

11.04.1948

Frankreich: Der französische Philosoph Raymond Aron (1905-1983) schreibt am 11. April 1948 in der Pariser Tageszeitung "Le Figaro" über die Verdrängung der kommunistischen Verbrechen (x087/128): >>Wer ein Regime, das Konzentrationslager einrichtet und eine politische Polizei unterhält, die jene des Zaren weit übertrifft, als Station auf dem Weg der Befreiung der Menschheit betrachtet, der verläßt die Grenzen selbst der für Intellektuelle noch erträglichen Idiotie. ...<<

12.04.1948

SBZ: Der SMAD-Befehl Nr. 60 vom 12. April 1948 regelt die "Transporte und die Sicherung der Reparations- und Export-Importgüter" in der sowjetischen Zone (x112/492-493): >>Die zivilrechtliche und strafrechtliche Verantwortung für die Unversehrtheit der Güter ... wird auf-erlegt:

- a) bis zur Übernahme des Gutes durch die Eisenbahn von der Firma und den Unternehmen der Aktiengesellschaften – diesen Firmen und Unternehmen,
- b) während des Transportes der Güter auf der Eisenbahn und den Wasserverkehrswegen ... der deutschen Verkehrsverwaltung,
- c) für Güter, die durch die Aktiengesellschaft "Derutra" ... angenommen wurden – der Aktiengesellschaft "Derutra". ...

Der Personalbestand der Eisenbahnpolizei ist ... auf 7.400 Mann zu erhöhen<<

15.04.1948

WBZ: Die "Neue Zeitung" veröffentlicht am 15. April 1948 einen Text des deutschen Schriftstellers Wolfgang Borchert (1921-1947), der auf die Orientierungslosigkeit der Kriegsheimkehrer hinweist (x115/101-102): >>... Wir sind die Generation ohne Bindung und ohne Tiefe. Unsere Tiefe ist der Abgrund.

Wir sind die Generation ohne Glück, ohne Heimat und ohne Abschied. Unsere Sonne ist schmal, unsere Liebe grausam, unsere Jugend ist ohne Jugend.

Und wir sind die Generation ohne Grenze, ohne Hemmung und Behütung - ausgestoßen aus dem Laufgitter des Kindseins in eine Welt, welche die uns bereiten, die uns darum verachten. Aber sie gaben uns keinen Gott mit, der unser Herz hätte halten können, wenn die Winde dieser Welt es umwirbelten. So sind wir die Generation ohne Gott, denn wir sind die Generation ohne Bindung, ohne Vergangenheit, ohne Anerkennung.

Und die Winde der Welt, die unsere Füße und unsere Herzen zu Zigeunern auf ihren heißbrennenden und mannshoch verschneiten Straßen gemacht haben, machten uns zu einer Generation ohne Abschied.

Wir sind die Generation ohne Abschied. Wir können keinen Abschied leben, wir dürfen es nicht, denn unserm zigeunernden Herzen geschehen auf den Irrfahrten unserer Füße unendliche Abschiede.

Oder soll sich unser Herz binden für eine Nacht, die doch einen Morgen zum Morgen hat? Ertrügen wir den Abschied?

Und wollten wir die Abschiede leben wir ihr, die anders sind als wir und den Abschied auskosteten mit allen Sekunden, dann könnte es geschehen, daß unsere Tränen zu einer Flut ansteigen, der keine Dämme und wenn sie von Urvätern gebaut wären, widerstehen.

... Wir sind eine Generation ohne Heimkehr, denn wir haben nichts, zu dem wir heimkehren könnten und wir haben keinen, bei dem unser Herz aufgehoben wäre – so sind wir eine Generation ohne Abschied geworden und ohne Heimkehr. ... <<

16.04.1948

SBZ: Walter Ulbricht hält am 16. April 1948 vor den Studenten der "Parteihochschule Karl Marx" in Ost-Berlin ein Instruktionsreferat.

Der deutsche Historiker Wolfgang Leonhard (1921-2014), der damals an dieser Veranstaltung in Ost-Berlin teilnimmt, berichtet später (x156/64): >>... Am 16. April 1948 hielt Walter Ulbricht ein 5stündiges Referat über die allgemeine Situation in der Sowjetzone, um uns auf bevorstehende Veränderungen hinzuweisen. Ulbricht sprach offen über Dinge, die teilweise erst ein halbes Jahr später "offiziell" wurden. Die wichtigsten Feststellungen seines Instruktionsreferates waren folgende:

In der Zeit von 1945 bis 1947 konnten viele Fragen nicht offen gestellt werden. Die SED mußte schrittweise vorgehen, sowohl aufgrund der ideologisch-politischen Rückständigkeit in der Partei als auch aus außenpolitischen Gründen.

1947 waren die Grundlagen einer antifaschistisch-demokratischen Grundlage geschaffen. Jetzt, im Frühjahr 1948, da 40 % der Produktion in den Händen volkseigener Betriebe liegt und der Kapitalismus entscheidend geschwächt ist, kann man diese Periode als beendet betrachten. Das gleiche gilt für die Landwirtschaft. Die Bodenreform ist abgeschlossen, der Großgrundbesitz endgültig und unwiderruflich aufgeteilt. Jetzt kommt es darauf an, sich auf die Klein- und Mittelbauern zu stützen und eine Organisation zur Zurückdrängung der Großbauern zu schaffen.

Durch die weitgehenden Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse, erklärte Ulbricht, habe sich der Klassenkampf zugespitzt, aber die Formen und Methoden des Klassenkampfes seien anders geworden. "Wir haben jetzt die Möglichkeit unsere Forderungen mit Hilfe des Staatsapparates durchzusetzen. Auf der anderen Seite müssen wir bestrebt sein, mehr die Massenorganisationen zu aktivieren und damit die Blockpolitik ihrem Wesen nach zu verändern." Unsere Partei ist zu einer Staatspartei geworden, die die Hauptverantwortung für die Lösung aller Fragen der Volkspolizei, der Wirtschaftsplanung, der Landwirtschaft und der Kulturpolitik trägt.

Die "Blockpolitik" hat in der ersten Phase eine große Rolle gespielt. Jetzt werden jedoch die reaktionären Kräfte in den bürgerlichen Parteien wieder lebendig, um unter dem Vorwand der "Überprüfung" unsere Maßnahmen rückgängig zu machen.

Wir werden auch jetzt noch nicht den Weg zum Einparteiensystem beschreiten, aber dafür sorgen, daß unsere Partei die führende und tragende Kraft im Staate ist. Wir müssen aber auch in dieser neuen Periode mit den anderen Parteien zusammenarbeiten. "Vielleicht wäre es nicht schlecht, noch ein paar neue zu gründen", meinte Olbricht sarkastisch lächelnd.

Wir wußten, daß dies nicht so hingesagt war – tatsächlich wurde 2 Monate später die Gründung der "National-Demokratischen Partei" und der "Demokratischen Bauernpartei" bekanntgegeben. Beide hatten das Ziel, die bestehenden bürgerlichen Parteien (Sowjetzonen-CDU und LDP) zu schwächen und die außerhalb der SED stehenden politischen Kräfte aufzusplitteln.

Durch dieses Instruktionsreferat von Ulbricht wurden wir auf der Parteihochschule bereits Mitte April auf jenen politischen Kurswechsel vorbereitet, der im Sommer und Herbst 1948 das gesamte Leben in der Sowjetzone weitgehend verändern sollte.<<

April 1948

Polen: Albert Forster (1902 in Fürth geboren, ehemaliger NS-Reichsstatthalter des Reichsgaues Danzig-Westpreußen) wird im April 1948 in Warschau wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zum Tod verurteilt.

Das Todesurteil wird später nach Gnadengesuchen mehrfach aufgeschoben. Forster wird schließlich im Jahre 1952 in Warschau hingerichtet.

01.05.1948

WBZ: Der Berliner "Tagesspiegel" berichtet am 1. Mai 1948 über die Ansiedlung von vertriebenen Sudetendeutschen in Bayern (x115/149-151): >>... Über jene ersten Siedler, die aus den engen Dörfern und Städten Europas auswanderten, über den Atlantik fuhren, um drüben in Amerika den Wald zu roden, Neuland zu bebauen, seßhaft zu werden, haben ganze Generationen von Schriftstellern schon die Gloriette von Courage und Zähigkeit gebreitet.

Ich glaube es ist noch kein Buch geschrieben und kein Film gedreht worden, der geschildert hätte, wie die deutschen Glas- und Bijouterie-Arbeiter aus der Stadt Gablonz im Sudetenland auswanderten.

Nicht freiwillig, sondern gezwungen, Haus, Heim, Werkstatt, Besitz zurücklassend, Neusiedler der Jahre 1945, 1946 und 1947, kamen sie in das zerschlagene Deutschland und schufen sich dort zwischen Trümmern und Verwüstung in rund 2 Jahren aus dem Nichts eine neue Lebensgrundlage.

Die modernen Neusiedler wanderten, nachdem sie wochenlang in Lagern, tagelang in berstend vollen Zügen zusammengepfercht waren, gebeugt unter hastig verpackten Säcken und Koffern, müden Schrittes zunächst wieder in ein Flüchtlingslager. Nicht Männer, sondern Frauen, Kinder, Greise und Kranke bildeten die Überzahl. Die Männer hatten zum Teil zurückbleiben müssen. Zum Teil kamen sie später, auf Umwegen und aus Kriegsgefangenenlagern, nachgewandert.

Die Neusiedler von 1946 hatten nicht die Gewißheit, daß jeder Tag härtester Arbeit, jeder Meter Land, auf dem sie Kartoffeln anbauten, jeder Nagel, den sie in eine Barackenwand schlugen, und jedes Stück Arbeitsgerät, das sie sich primitiv zusammensetzten, ihnen zugute kommen oder ihnen gehören würde. Sie waren Fremde, das neue Land war nicht neue Heimat, sondern neue Unsicherheit.

Der Grund und Boden, auf dem sie sich niederließen, wurde ihnen nur leihweise überlassen. Die Furcht, die hinter ihrem Auszug aus der Stadt am Isergebirge stand, verließ sie nie mehr ganz.

Sie kamen nicht in einen weiten, neuen, an Möglichkeiten unbeschränkten und unentdeckten Kontinent. Sie kamen in ein übervölkertes und zerstörtes Land, wo ihnen Mißtrauen, Ablehnung, Brotneid begegneten, wo die Tür vor ihnen öfter zugeworfen als aufgetan wurde.

In 2 Jahren haben diese Männer und Frauen aus Gablonz nun bei Kaufbeuren, einem kleinen, mittelalterlich weltfernen Städtchen am Rande der Allgäuer Berge, buchstäblich aus dem Nichts Notwohnungen, Werkstätten und eine Industrie aufgebaut, die bisher einen Umsatz von 50 Millionen Mark erzielte und mehr als 6.000 Flüchtlinge beschäftigt.

Die als Heimatlose und Bittende kamen, sind heute selbständig, die besten Steuerzahler und teilweise sogar Arbeitgeber der Einheimischen in ihrer neuen Heimat geworden. Sie haben rund 500 Glas- und Schmuckwarenbetriebe aufgebaut, die im Monat mindestens viereinhalb Millionen Mark umsetzen. Sie haben das, was sie erreichten, einzig und allein sich selbst, der Privatinitiative jedes einzelnen zu verdanken.

Unweit von Kaufbeuren, umgeben von Wald, liegt das Gelände der einstigen Dynamit AG, die zu den IG Farbenwerken gehörte. Während des Krieges wurde hier in mächtigen Betonbunkern Sprengstoff hergestellt. In dem Barackenlager neben der Fabrik hatte man die Fremdarbeiter untergebracht. Das Fabrikgelände war nach Kriegsende von Trümmern, leeren getarneten Betonklötzen, einer Fahrstraße und zahlreichen Industriegeleisen durchzogen. Es verfügte über Bahnanschluß, Wasser, Elektrizität. Die meisten Gebäude der Pulverfabrik waren gesprengt, der Rest ausgeplündert. Anna S. wohnte mit ihrem Mann im einstigen Fremdarbeiter-Barackenlager, das sich rasch mit Flüchtlingen füllte.

Als sie zum erstenmal über das einstige Gelände der Pulverfabrik ging, sah Anna ein paar Dutzend Menschen, entlassene Kriegsgefangene, hart und schmal gewordene Frauen und alte

Männer, arbeiten; sie räumten Schutt, reihten Steine aneinander, sammelten sorgfältig jedes Stück Draht, jedes Stück Eisen. Sie wohnten zwischen der Verwüstung, in den klaffenden, aufgerissenen Betonklötzen, auf deren Dächer die Tarnsträucher wuchsen. Sie hatten weder Bett noch Tisch.

Doch da und dort standen zwischen dem Schutt Maschinen – viele verrostet, zerstört, aber immerhin Maschinen -, Stanzen, Drehbänke, Elektromotoren, Pressen, ein Pumpwerk, eine Transformatorenanlage. Auf jede Maschine waren mit weißer Farbe ein R und eine Nummer gezeichnet. "Gehören die euch?" fragte damals Anna atemlos.

"Gepachtet sind sie", 25 Jahre gepachtet, wie das ganze Gelände, aber gepachtet mit täglicher Kündigung. Jede Maschine steht auf der Reparationsliste."

Anna hörte diese Einschränkungen kaum. Wo Maschinen waren, Stanzen, Pressen, Drehbänke, da konnte man schon wieder weitersehen und so war sie unter denen, die in Kaufbeuren-Hart das Kaufbeuren-Gablonz aufzubauen begannen. Das einzige größere Gebäude, das noch ganze Mauern hatte, wurde von Männern, deren Namen in Gablonz einmal guten Klang gehabt hatten, zum Büro und Verwaltungshaus der neuen "Allgäuer Glas- und Schmuckwarengenossenschaft" gemacht.

Das, was man hier plante, waren nicht ein paar Baracken, die heute oder morgen wieder leerstehen würden, sondern es sollte der Grund gelegt werden für eine neue Industriestadt. Männer und Frauen arbeiteten manchmal mit Werkzeugen wie aus der Steinzeit. Sie hobelten zuerst die Werkstische und dann erst den primitivsten Hausrat. Sie befreiten die Maschinen ... vom Rost. Als die erste wirkliche Zange herungereicht wurde, hielten sie alle mit der Arbeit inne: es war wie ein Festtag! ...

Dann entstanden beinahe wie von selbst die ersten Nadeln, Kettchen und Knöpfe. In den Städten und Dörfern rundum riß man sie ihnen aus den Händen. Die erste Lieferung des benötigten Stangenglases traf ein. Es kam aus der Regenhütte im Bayerischen Wald bei Zwiesel, die ebenfalls ein Ausgesiedelter leitet. Rohglas! Grundelement ihrer Arbeit. Von da an arbeiteten sie systematisch: die ersten Drucköfen, die erste selbstgebaute Glashütte begann zu produzieren.

Aus dem überfüllten Flüchtlingslager Riederloh, aus dem Städtchen Kaufbeuren, aus Dörfern und Marktflecken ringsum, von überallher, wo Gablonzer in Schulsälen, Scheunen, Bauernhäusern Notquartiere bewohnten, kamen sie nach Kaufbeuren-Hart, die Werkzeugschlosser und Graveure, Estampeure, Gürtler, Glasschleifer und Heimarbeiter, Männer und Frauen, gewohnt, Glas und Metall kunstvoll zu verbinden und zu hundertfachem Wert zu veredeln. Doch ihrem Willen, mit der Arbeit voranzukommen, stellten sich Hindernisse entgegen. Ganz unüberwindlich erschien zuerst die Wohnungsnot. Ein Bezirk, in dem unter 100 Einwohnern 68 Flüchtlinge waren, konnte einfach keine neuen mehr aufnehmen. ...

... Von ihren Werkstischen weg gingen die Hart-Leute in die Ziegeleien, in die Trümmerstätten Münchens und Ulms, um Baustoffe heranzubringen. Aber da von staatlicher Seite weder finanziell, noch steuerlich, noch in der Materialbelieferung nennenswerte Unterstützung kam, ging es nur langsam voran. Die anderen Hindernisse, Rohstoffmangel, Facharbeitermangel, zu wenig Kohle, zu wenig Baumaterial, zu wenig Werkzeuge, Schwerfälligkeit.

Dann kam die gefährliche Klippe: eines Tages erschien eine Kommission jugoslawischer, polnischer, belgischer Offiziere.

Was sie befürchteten, traf ein: die Demontageorder. Sie mußten und sie müssen nun ohne die R-Maschinen fertig werden. Eine harte Belastung. Aber auch daran scheitern sie nicht. Mit einigen primitiven, oft selbstgebauten Maschinen, da und dort mit neu kompensierten Maschinen wird produziert. ... Die alten Kunden aus England, aus Nord- und Südamerika, Frankreich, Indien und Ägypten haben sich schon gemeldet. ...<<

Der deutsche Journalist und Publizist Günter Böddeker (1933-2012) berichtet später über die

enorme Leistungsbereitschaft der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen (x021/471-472):
>>... Die Vertriebenen brachten nicht nur ihre Mägen mit, wie Churchill es ausgedrückt hatte, sondern auch ihre Arbeitskraft.

Die Polen und Tschechen hatten ihnen ihre Höfe, ihre Häuser, ihre Wohnungen rauben und sie bis aufs Hemd ausplündern können, aber sie hatten ihnen nicht ihre geistigen Fähigkeiten, ihr handwerkliches und bäuerliches Geschick nehmen können.

Sie waren entwurzelt worden, aber ihre Kraft war ihnen geblieben. Sie waren auf eine der untersten Stufen menschlichen Daseins herabgedrückt worden, doch um so stärker wuchs ihre Entschlossenheit, wieder nach oben zu kommen.

In den Baracken und Trümmern der westlichen Besatzungszonen sammelte sich in jenen Tagen der Armut, des Hungers, der Abgerissenheit wie in einem Staubecken jene Schwungkraft, die Jahre später den Wiederaufbau Westdeutschlands zum sogenannten deutschen Wunder werden ließ. Die außerordentliche Lage trieb die Deutschen, Einheimische wie Vertriebene, zu außerordentlichen Leistungen. ...<<

04.05.1948

Niederlande: In Den Haag wird am 4. Mai 1948 der ehemalige österreichische SS-Obergruppenführer Hanns Rauter (1895-1949, Chef der deutschen Polizei in den Niederlanden) zum Tod verurteilt.

06.05.1948

Frankreich: Der französische Jurist und sozialistische Politiker Leon Blum (1872-1950) schreibt am 6. Mai 1948 im "Populaire" (x112/508): >>... Auch Frankreich sollte sich einer kleinen Gewissensprüfung unterziehen; ist es nicht gerade Frankreich, das, um Gebietsabtrennung vom Westen zu erzwingen, monatelang jedes Vorgehen des Kontrollrates in Berlin gelähmt hat?

Hat nicht gerade Frankreich die Schaffung einer Zentralverwaltung, die sich über alle vier Zonen erstreckt hätte ... Widerstand entgegengesetzt?

Angesichts der gegenwärtigen Lage scheint es mir schwer, die Trennung als eine endgültige und unwiderrufliche Tatsache hinzunehmen, sie aufrechtzuerhalten und daraus ein für allemal die Konsequenzen zu ziehen.<<

11.05.1948

WBZ: Die Herausgeber des "Ulenspiegels" müssen am 11. Mai 1948 ihre Lizenz an die nordamerikanische Militärregierung zurückgeben, weil sie ihre Unabhängigkeit verteidigen und kritische Berichte veröffentlichen.

14.05.1948

Israel: Nach dem Erlöschen des britischen Mandats über Palästina ruft Ben Gurion am 14. Mai 1948 in Tel Aviv den unabhängigen Staat Israel aus und übernimmt das Amt des Premierministers.

In der Proklamationsurkunde des Staates Israel vom 14. Mai 1948 heißt es (x128/364): >>In Erez Israel stand die Wiege des jüdischen Volkes; hier wurde sein geistiges, religiöses und politisches Antlitz geformt; hier lebte es ein Leben staatlicher Selbständigkeit; hier schuf es seine nationalen und universellen Kulturgüter und schenkte der Welt das unsterbliche "Buch der Bücher".

Mit Gewalt aus seinem Lande vertrieben, bewahrte es ihm in allen Ländern der Diaspora die Treue und hörte niemals auf, um Rückkehr in sein Land und Erneuerung seiner politischen Freiheit in ihm zu beten und auf sie zu hoffen.

Aufgrund dieser historischen und traditionellen Verbundenheit strebten die Juden in allen Geschlechtern danach, ihre alte Heimat wiederzugewinnen; In den letzten Generationen kehrten viele in ihr Land zurück; Pioniere, Helden und Kämpfer brachten die Wüste zu neuer Blüte, erweckten die hebräische Sprache zu neuem Leben, errichteten Städte und Dörfer und schufen

so eine ständig zunehmende Bevölkerung eigener Wirtschaft und Kultur, friedliebend, aber imstande, sich selbst zu schützen, eine Bevölkerung, die allen Bewohnern des Landes Segen und Fortschritt bringt und nach staatlicher Selbständigkeit strebt. ...

Die über das jüdische Volk in der letzten Zeit hereingebrochene Vernichtung, in der in Europa Millionen Juden zur Schlachtbank geschleppt wurden, bewies erneut und eindeutig die Notwendigkeit, die Frage des heimat- und staatenlosen jüdischen Volkes durch Wiedererrichtung des jüdischen Staates in Erez Israel zu lösen. Dieser Staat wird seine Tore für jeden Juden weithin öffnen und dem jüdischen Volke die Stellung einer gleichberechtigten Nation unter den Völkern verleihen. ...

Der Staat Israel wird für die jüdische Einwanderung und die Sammlung der zerstreuten Volksglieder geöffnet sein; er wird für die Entwicklung des Landes zum Wohle aller seiner Bewohner sorgen; er wird auf den Grundlagen der Freiheit, der Gleichheit und des Friedens, im Lichte der Weissagungen der Propheten Israels gegründet sein; er wird volle soziale und politische Gleichberechtigung aller Bürger ohne Unterschied der Religion, der Rasse und des Geschlechts gewähren; er wird die Freiheit des Glaubens, des Gewissens, der Sprache, der Erziehung und Kultur garantieren; er wird die heiligen Stätten aller Religionen sicherstellen und den Grundsätzen der Verfassung der Vereinten Nationen treu sein. ...

Wir strecken allen Nachbarstaaten und ihren Völkern die Hand zum Frieden und auf gute Nachbarschaft entgegen und appellieren an sie, mit dem in seinem Lande selbständig gewordenen jüdischen Volke in gegenseitiger Hilfe zusammenzuarbeiten. Der Staat Israel ist bereit, seinen Anteil an der gemeinsamen Anstrengung, den ganzen Vorderen Orient zu entwickeln, beizutragen.

Wir appellieren an das jüdische Volk in der Diaspora, sich um Israel beim Werke der Einwanderung und des Aufbaus zu scharen und ihm in seinem schweren Kampfe um die Verwirklichung des Generationen alten Strebens nach Erlösung Israels zur Seite zu stehen.<<

Der neue Staat Israel wird nach dem Gründungsakt durch die Vereinigten Staaten anerkannt. Die Anerkennung durch die Sowjetunion folgt einige Tage später. Die arabische Bevölkerung lehnt den Staat entschieden ab. Nach schweren Unruhen zwischen Juden und Arabern kommt es später zum offenen Krieg.

Der israelische Schriftsteller Amos Elon (1926-2009) schreibt später in seinem Buch "Die Israelis, Gründer und Söhne" über den Zusammenhang von traumatischen Erfahrungen und politischen Entscheidungen (x128/366): >>... Die Vernichtung der Juden Europas durch die Nazis bleibt ein grundlegendes Trauma der israelischen Gesellschaft. Man kann seine Auswirkung auf den Prozeß der Nationwerdung nicht hoch genug einschätzen. ...

Im Falle Israels waren die Bilder, die in einem entscheidenden frühen Stadium auf den dunklen Grund der Seele eingebrannt wurden, die Bilder einer Danteschen Hölle. Diese Hölle war die Vernichtung eines Drittels des jüdischen Volkes. Ihre Vernichtung durch die Nazis bedeutete die Zerstörung eben jener osteuropäischen Welt, gegen die sich die Rebellion der frühen Pioniere gerichtet hatte, einer Welt, deren Vorposten und Erbe Israel trotz allem wurde.

Daraus erklärt sich das starke Gefühl der Einsamkeit, ein Hauptcharakteristikum der israelischen Geisteshaltung seit der Unabhängigkeit. Daraus erklärt sich das nahezu besessene Mißtrauen, der alles überwiegende Drang, sich in einer Welt, die solche Katastrophen zuließ, nur auf sich selbst zu verlassen. Daraus erklären sich die Ängste und die Vorurteile, die Leidenchaften, der Schmerz und der Stolz, die das öffentliche Leben kennzeichnen und wahrscheinlich noch lange Zeit auf die Nation einwirken werden. Die bleibende Erinnerung an die Vernichtung durch die Nazis lassen die arabischen Vernichtungsdrohungen glaubwürdig erscheinen. ...

Besonders junge Israelis sind davon überzeugt, daß die Bestimmung der Juden zur Vernichtung nur deshalb möglich war, weil die Juden allein unter den Völkern kein eigenes Land be-

saßen und weil sie daher auch keinerlei Mittel zum Widerstand besaßen. Das bedeutet nicht, daß Souveränität allein automatische Sicherheit und Leben garantiert. Die Erfahrungen des souveränen Israel widerlegt eine derartige Vorstellung. Ohne den Willen und die Fähigkeit, dafür zu kämpfen, ist Souveränität sinnlos. Aber die Souveränität – und sie allein – gestattet es einem Volk, den Willen, der zum Überleben notwendig ist, und die dazu erforderlichen physischen Mittel aufzubringen. ...<<

Der palästinensische Schriftsteller Sami Hadawi (1904-2004) und der nordamerikanische Historiker Walter Laqueur schreiben später über die Gründung Israels (x243/255): >>Israel (ist) 1948 gegen den Willen der arabischen Mehrheit des Landes gegründet (worden), auf ihrem privaten Land. ... Nach Erreichen der Staatlichkeit terrorisierten die jüdische Gemeinschaft und dann der Staat mehr als die Hälfte der arabischen Bevölkerung ... in eine Flucht in die benachbarten arabischen Länder um ihrer Sicherheit willen.

(Die Juden) vertrieben ... auf ihrer Suche nach einem Asyl vor der Verfolgung in Europa die Araber aus ihren Häusern und aus ihrer Heimat. Die Verfolgten wurden selbst zu Verfolgern. ... Eine fremde Gruppe hatte um 1948 dank des Weltzionismus und der Unterstützung einer Anzahl westlicher Länder die meisten Palästinenser des größten Teils ihres Landes enteignet. Diese Enteignung war ein Beispiel des Kolonialismus im klassischen Sinne. ...<<

>>Vom arabischen Standpunkt war der Zionismus eine aggressive Bewegung und die jüdische Einwanderung eine Invasion. Die Zionisten sind schuldig, sich so verhalten zu haben wie alle anderen Völker – nur mit einer gewissen historisch bedingten Verspätung.

Nationalstaaten sind niemals als Folge friedlicher Entwicklung und juristischer Verträge entstanden. Sie sind vielmehr aus Invasion, Kolonisation, Gewalt und bewaffneten Kämpfen hervorgegangen.

Es war die historische Tragik des Zionismus, daß er auf der internationalen Szene erschien, als es auf der Weltkarte keine weißen Flecken mehr gab. Wo immer sich die Juden angesiedelt hätten, sie wären früher oder später mit der bodenständigen Bevölkerung in Konflikt geraten. Die Bildung von Nationalstaaten war stets mit Ungerechtigkeiten verbunden. Nationale Minderheiten wurden absorbiert und assimiliert oder dezimiert oder vertrieben. ...<<

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über die Gründung Israels (x192/459): >>... 1947 stimmte die britische Regierung einem Abzug aus Palästina zu; am Tag des britischen Rückzugs wurde der Staat Israel proklamiert.

Es kam zum Krieg, die Araber wurden geschlagen. Zwei Drittel der arabischen Bevölkerung Palästinas verließen ihre Heimat und flüchteten nach Jordanien, Gaza, Syrien und in den Libanon. Nach dem Ende des Krieges feierten die jüdischen Soldaten die Errichtung des ersten jüdischen Staates in Palästina seit der Eroberung durch die Römer.

Israels Ablehnung palästinensischer Forderungen und die Weigerung der arabischen Staaten die Existenz Israels anzuerkennen, führte zu drei weiteren Kriegen 1956, 1967 und 1973. Dank besonderer Taktik und Bewaffnung blieb Israel in all diesen Konflikten siegreich und konnte die von ihm besetzten Gebiete noch vergrößern. ...<<

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtet später (am 26.07.2008) über die israelische Staatsgründung: >>**Churchill - ein Zionist?**

Von Benny Morris

Winston Churchill galt unter seinen konservativen Parteifreunden als Förderer der israelischen Staatsgründung und Freund der Juden. Doch neue britische Studien belegen: So einfach und schlicht war die Haltung des Premierministers nicht.

Winston Churchill, der große britische Staatsmann, ist als lebenslanger Freund der Juden, des Zionismus und Israels in die zionistische Geschichtsschreibung eingegangen. Doch die Geschichte ist komplizierter. Gleich zwei Bücher - Michael Makovskys "Churchill's Promised Land" (Yale University Press) und Martin Gilberts "Churchill and the Jews" ("A Lifelong

Friendship", Holt Paperbacks, ab Sept. im Handel) - haben die historische Rolle Großbritanniens in Palästina/Israel und die schwierige Frage nach dem Verhalten der Großmächte im Holocaust zuletzt in ein neues Licht gestellt.

Was die Juden angeht: Churchill, der den Zionismus eine "noble Vision" nannte, gehörte zum Zirkel jener britischen Politiker, die die Balfour-Deklaration vom 2. November 1917 durchsetzten und Großbritannien so darauf verpflichteten, die Errichtung einer jüdischen "Heimstatt" in Palästina zu unterstützen. Diese Politiker, darunter Premierminister David Lloyd George und Außenminister Arthur James Balfour, waren der Überzeugung, die westliche Zivilisation verdanke den Juden viel: den Monotheismus und die Bibel.

In gewissem Maß war ihnen auch bewußt, wie viel Juden zum ethischen und intellektuellen Fortschritt der Menschheit in der Neuzeit beigetragen hatten. Sie alle waren der Überzeugung, die Christenheit habe die Juden Jahrhunderte lang schlecht behandelt, und sie alle waren, in gewissem Maß, als "Restaurationisten" davon überzeugt, daß die Christenheit Wiedergutmachung leisten solle, indem sie den Juden helfe, ins Land Israel zurückzukehren. Zudem glaubten einige von ihnen, eine solche Restauration würde der Ankunft des Messias und der Erlösung vorausgehen.

Bis hin zum Zweiten Weltkrieg jedoch waren in der britischen Oberschicht antisemitische Vorurteile weit verbreitet, manche ihrer Mitglieder waren gar unverhohlene Antisemiten. Herbert Asquith, von 1908 bis 1916 britischer Premier, beschrieb die Juden als "verstreuten und unattraktiven Stamm"; von Anthony Eden (erst Außen-, dann Premierminister) hieß es, er liebe die Araber und hasse die Juden.

Von antisemitischen Vorurteilen berührt waren die meisten, unter ihnen auch Churchill. So neigte man der Vorstellung zu, daß "die Juden" mächtige Akteure auf der internationalen Szene und - eigentlich ein Paradox - (als Kapitalisten) entweder zu reich und ausbeuterisch oder (als Kommunisten) zu radikal und subversiv wären. Churchill war lebenslang anfällig dafür, den politischen Einfluß der Juden in Washington oder dem Moskau der Jahre 1917-1925 zu übertreiben. Eine zeitlang identifizierte er sogar den "Bolschewismus" mit den Juden.

Doch es reichte noch tiefer. 1937 schrieb Churchill vor dem Hintergrund des Antisemitismus der Nazis einen pro-jüdischen Artikel, der nie veröffentlicht wurde. Er enthielt folgende Passage: "Es wäre leicht, (den Antisemitismus) der Schlechtigkeit der Verfolger zuzuschreiben, doch das stimmt nicht mit allen Tatsachen überein ...(denen) man ins Auge sehen muß ...

Darüber sollten insbesondere die Juden selbst nachdenken. Denn es mag sein, daß sie, unabsichtlich, zur Verfolgung einladen - daß sie teils selbst verantwortlich gewesen sind für die Feindseligkeit, unter der sie nun leiden."

Zugleich unterhielt Churchill, so wie sein Vater Randolph vor ihm, enge persönliche und bedeutende geschäftliche Beziehungen zu Juden (darunter einige Rothschilds und dem Bankier Sir Ernst Cassel).

In seiner Jugend tadelte er seine Mutter für eine antisemitische Bemerkung und immer wieder einmal beklagte er, was er als den Antisemitismus seiner Kabinettskollegen und des britischen Beamtentums begriff. So beschimpfte er Ernst Bevin, den antizionistischen britischen Außenminister (1945-1951), als Antisemiten. Oft machten seine konservativen Parteifreunde Churchill zum "Vorwurf", die Juden zu "mögen" und mit dem Zionismus zu sympathisieren. (General Edward Louis Spears, im Zweiten Weltkrieg Churchills Statthalter in der Levante, behauptete, Churchill sei "zu angetan von den Juden".)

Nichtsdestoweniger bleibt Winston Churchills Bilanz - in der Praxis - zwiespältig. Es stimmt, in der politischen Wildnis der Dreißigerjahre war er es, der vor Adolf Hitler und den Nationalsozialisten warnte und die Verfolgung der Juden anprangerte. Und in den 1940ern war er es, der für eine Verurteilung des Völkermords an den Juden durch die Alliierten sorgte. Doch wie Roosevelt tat auch er nichts, um die alliierten Kriegsflugzeuge umzulenken und die To-

deslager oder die Bahnstrecken, die zu ihnen führten, zu bombardieren.

Darüber hinaus trug er nur zögerlich zur Gründung einer "Jewish Brigade Group" innerhalb der britischen Armee bei, die 1945 unter jüdischer Flagge in Italien gegen die Deutschen kämpfte. Während seiner Amtszeit als Erster Lord der Admiralität (1939-40) und als Premierminister (1940-45), wobei er zugleich das Amt des Verteidigungsministers versah, hielt die Royal Navy am Weißbuch von 1939 fest, blockierte Palästinas Küsten und verhinderte die Einreise "illegaler" jüdischer Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Europa.

Churchills Palästina-Politik erweist sich bei genauerer Betrachtung ebenfalls als unentschieden. 1921-22, damals war er Kolonialminister, trennte er trotz zionistischer Proteste Transjordan vom Mandatsgebiet und reduzierte damit die mögliche "Heimstatt" um 75 Prozent. In seinem "Weißbuch" von 1922 führte Churchill das Kriterium wirtschaftlicher "Absorptionsfähigkeit" ein, um zu entscheiden, wie viele jüdische Immigranten nach Palästina dürften - eine Meßlatte, die von Whitehall später instrumentalisiert wurde, um die Einwanderung zu begrenzen und die arabische Mehrheit im Land zu sichern. In den Dreißigerjahren und Mitte der Vierzigerjahre wurde die Einwanderungsbegrenzung von Churchill wiederholt unterstützt.

Auch was den arabisch-zionistischen Konflikt betrifft, war Churchill unentschieden. Gegen den Islam und "die Araber" hatte er lebenslang eine Aversion. Über den Islam schrieb er einmal: "Wie gräßlich die Flüche, die der Mohammedismus seinen Anhänger auferlegt! Neben der fanatischen Ekstase ... gibt es diese schreckliche fatalistische Apathie ... unwirtschaftliche Gebräuche, schludriger Ackerbau, träge Handelsmethoden ... Die Religion lähmt die soziale Entwicklung ihrer Anhänger. In der Welt gibt es keine rückschrittliche Kraft, die stärker wäre."

Die Araber nannte Churchill wechselweise "einfältige Wilde" oder "minderwertig und grausam". Und, politisch gesehen: Im Ersten Weltkrieg hatten die Araber die Osmanen gegen die Briten unterstützt; 1936-39 hatten sie in Palästina und 1941 im Irak gegen Großbritannien rebelliert; im Zweiten Weltkrieg hatten sie überwiegend die Achsenmächte unterstützt.

Dennoch hatte Churchill 1937 die Empfehlungen der Peel-Kommission zurückgewiesen, zu denen auch die sofortige Schaffung eines jüdischen Staates gehörte (wenn auch nur auf 20 Prozent der Fläche Palästinas). Und als er sich 1943-44 endlich durchgerungen hatte, die Teilung gutzuheißen, unterstützte er den Vorschlag, den Juden 15 Prozent von Palästina zu geben. So oder so aber gelang es Churchill nicht, diesen Vorschlag im Kriegskabinet durchzusetzen; der Plan starb einen stillen Tod, noch bevor Churchill nach den Labor-Sieg vom Juli 1945 aus dem Amt schied.

In der entscheidenden Phase der Jahre 1945-48 dann versagte Churchill, nun Oppositionsführer, völlig, wenn es darum ging, sich für den Zionismus einzusetzen. Der anti-britische jüdische Terrorismus von rechts, der im November 1944 seinen Freund Lord Moyne, den britischen Nahost-Minister, in den Tod riß, mag Churchill abgestoßen haben. Doch war er auch vom Wunsch getrieben, weder seine (überwiegend antizionistischen) konservativen Parteifreunde noch die Araber gegen sich aufzubringen, die er im aufkeimenden Kalten Krieg für wichtige Verbündete hielt.

Weder begrüßte er im November 1947 die historische Teilungs-Resolution der UN-Vollversammlung noch begrüßte er die Schaffung eines jüdischen Staates noch verurteilte er im Mai 1948 den pan-arabischen Angriff auf Israel. Erst im Dezember 1948/Januar 1949 fand er seine pro-zionistische Stimme wieder.

Doch einmal mehr klaffte eine riesige Lücke zwischen seinen Worten und seinen Taten. Von 1951 bis 1955 erneut Premier, mißlang es ihm, die unterkühlten britisch-israelischen Beziehungen zu verbessern. Nach Grenzzusammenstößen ergriff Whitehall ausnahmslos für die arabische Seite Partei; verkaufte Israel nicht die Waffen, die es brauchte; und versuchte, Israel dazu zu zwingen, große Teile seines Territoriums gegen einen Nichtangriffsabkommen mit

den Arabern zu tauschen ("Plan Alpha"). Wie schon 1940-45 beugte sich Churchill, nun alt und krank, sowohl den Mandarinen von Whitehall als auch den konservativen Parteifreunden als auch den vermeintlichen Erfordernissen einer globalen Realpolitik.

Trotz alledem die beiden Bücher zum Thema - und das von Makovsky ist das bessere - zeigen, daß Churchill im Herzen Philosemit und überzeugter Zionist war. Oft zitierte er Benjamin Disraelis Ausspruch: "Der Herr behandelt die Nationen, wie die Nationen die Juden behandeln."

Er hielt die Juden für eine "bemerkenswerte" Rasse (wie die meisten Engländer des Fin de siècle dachte er in Begriffen der Rasse!), er war von ihrem historischen Anrecht auf das Land Israel überzeugt; er glaubte, daß ihre Entwicklung des Landes dieses Recht erneuere und daß die Juden ein "zivilisierender" Faktor in dieser barbarischen Region seien (so ähnlich wie die Briten weltweit). Churchills Zionismus aber war, in den Worten Makovskys, obschon real, stets der Realpolitik und britischen Interessen "untergeordnet und überwiegend sentimental."<<